

## Newsletter – Ausgabe Nr. 10

### ***DIE LINKE gegen Verzicht auf Erörterungstermin für den Regionalplan Ruhr – Ausbau der Erneuerbaren Energien auf Flächen des RVR wird konkreter***

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und liebe Leser,

Protest gab es wieder vor der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) am 16.6.2023: Mitglieder der Bürgerinitiativen gegen die Ausweitung des Kiesabbaus im Kreis Wesel demonstrierten gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung des RVR, auf einen Erörterungstermin für die Einwände öffentlicher Einrichtungen zur 3. Offenlage des Regionalplans zu verzichten. Neben unserer Fraktion haben auch die Mitglieder der SPD- und CDU-Fraktion aus dem Kreis Wesel die Beschlussvorlage abgelehnt. Die Gründe hierfür findet ihr im ersten Beitrag unseres Berichtes.

Ein weiteres wichtiges Thema war erneut der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Frau Dr. Renz, Leiterin der Landesplanungsbehörde NRW, hatte im März berichtet, wie der Landesentwicklungsplan bis zum Mai 2025 zur Umsetzung der Vorgaben des Wind-an-Land-Gesetzes des Bundes geändert werden soll, wobei das Land auf dem Gebiet des RVR nur 2.036 ha Flächen als für Windenergie geeignet hält, das sind nur ca. 0,46% der Gesamtfläche der Region. Die Fraktion DIE LINKE hat eine Anfrage gestellt, wie die Verbandsversammlung in die Stellungnahme des Verbandes an das Land eingebunden wird. Dies soll nun entweder im Umlaufverfahren oder bei Bedarf im Rahmen einer Sondersitzung des Planungsausschusses geschehen. Des Weiteren ging es in der Verbandsversammlung um den Ausbau der Erneuerbaren Energien auf den verbandseigenen Flächen, u.a. auf den Halden, die der RVR übernommen hat, und den großen Waldflächen. DIE LINKE hat dem Konzept zugestimmt, Näheres dazu unten im zweiten Text.

Ein weiteres Thema war die Verabschiedung von Leitlinien zum Abschluss von Pachtverträgen über Flächen des RVR. Umstritten war die vorzusehende Länge der Pachtverträge, die die Verwaltung grundsätzlich nur für ein Jahr abschließen will. Dies ist für den Schutz landwirtschaftlicher Flächen, die Förderung einer Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung und die regionale Vermarktung regionaler Produkte nicht nur aus unserer Sicht zu kurz. Auch die Landwirtschaftskammer und der BUND kritisieren diese Vorgabe. Ein gemeinsamer Antrag unserer Fraktion mit der Grünen-Fraktion für längere Pachtzeiten wurde von der rot-schwarzen Koalition dennoch abgelehnt.

Vertagt hat die Verbandsversammlung die von der Ruhrfraktion beantragte Neuwahl von einzelnen Ausschüssen. Die Ruhrfraktion ist eine Abspaltung der AfD-Fraktion, die meisten Mitglieder dieser zweiten Rechtsaußen-Fraktion sind allerdings nach wie vor Mitglied der Partei AfD. Insofern stellt sich uns die Frage, inwiefern die Fraktionsbildung überhaupt akzeptiert werden muss, denn ein gravierender politischer Unterschied zur AfD ist nicht erkennbar. Da sich die Ruhrfraktion – schon der Name ist eine Anmaßung – durch Spaltung der AfD-Fraktion gebildet hat, würden diese Neuwahlen nichts an der rechtlich geforderten „Spiegelbildlichkeit“ der Ausschüsse ändern. Die Fraktion DIE LINKE hatte ihre Position schon im Ältestenrat eingebracht, was dazu führte, dass die Verwaltung erst mal die Meinung der Kommunalaufsicht einholt ...

### ***Weiteres aus der 10. Sitzung der Verbandsversammlung***

---

#### **Mehrheit verzichtet auf einen Erörterungstermin im Rahmen der 3. Offenlage des Regionalplans Ruhr**

---

Die Auseinandersetzung um den Regionalplan führt in der Bevölkerung und der Kommunalpolitik im Kreis Wesel zu immer massiverer Kritik am RVR. In einem Brief an die Fraktionen im RVR haben der Landrat des Kreises Wesel, Ingo Brohl (CDU) und sechs Bürgermeister der vom Kiesabbau besonders betroffenen Kommunen, die SPD, CDU und Grünen angehören, aus ihrem Herzen keine „Mördergrube“ gemacht und die RVR-Verwaltung wegen des vorgeschlagenen Verzichts auf einen erneuten Erörterungstermin etwas unter der Gürtellinie angegriffen ... Die Möglichkeit, auf Erörterungstermine für die beteiligten Behörden zu verzichten,

wurde erst vor zwei Jahren im Landesplanungsgesetz als Mittel zur Verfahrensbeschleunigung eingeführt. Bis dahin mussten die Planungsbehörden solche Erörterungstermine verpflichtend durchführen.

Wolfgang Freye äußerte sich in seiner Rede zur Begründung unserer Position auch zu dem gemeinsamen Schreiben der Kommunalbeamten. Bei allen unterschiedlichen Rechtspositionen zur Ausweisung von Kiesflächen im Regionalplan einerseits und der Positionierung zum Verzicht auf den Erörterungstermin, muss es um einen sachlichen Austausch ohne Unterstellungen gegenüber der Verwaltung des RVR gehen.

Die Ablehnung der Verwaltungsposition begründete er vor allem damit, dass die Fraktion DIE LINKE von Anfang an die Ausgliederung des Kiesabbaus aus dem Regionalplanentwurf und seine Behandlung in einem gesonderten Teilplan gefordert hat. Dadurch hätte der Regionalplan rasch verabschiedet werden können und die Bedenken gegen die Ausweitung des Kiesabbaus hätten in aller Ruhe geklärt werden können. Eventuell hätte hierzu ein nach dem neuen Landesplanungsgesetz mögliches Moderationsverfahren angestrebt werden können. Eine Ausgliederung in einen Teilplan fordern inzwischen ja auch die Initiativen und Kommunen im Kreis Wesel.

Darüber hinaus kann die Argumentation der Verwaltung, in einer Erörterung wären keine neuen Argumente zu erwarten, erst überprüft werden, wenn die Stellungnahmen aus der 3. Beteiligung ausgewertet sind. Sie liegen derzeit der Politik aber noch nicht einmal vor.

Darüber hinaus verwies die Fraktion DIE LINKE auf die Verantwortung des Landes, etwas zur Lösung der Konflikte beizutragen. Eine vernünftige, auf Schonung der Ressourcen setzende Überarbeitung der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes zur Sicherung der Rohstoffe ist notwendig. Da das Land aber erst einmal die geplanten Änderungen zur Förderung erneuerbarer Energien abarbeiten will, sieht DIE LINKE die große Gefahr, dass die Frage der Minimierung der Kiesabbauflächen in dieser Landtagswahlperiode gar nicht mehr geklärt wird.

DIE LINKE sieht sich deshalb nicht in der Pflicht zu einer Beschleunigung der Prozesse beizutragen.

---

### **Ausbau Erneuerbare Energien auf Flächen des RVR – Beteiligung von Kommunen und Bürger\*innen soll möglich werden**

---

Die Fraktion DIE LINKE fordert seit längerem, dass der Verband zeitnah Lösungen schafft, wie man auf den verbandseigenen Flächen den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen kann. In einer Vorlage der Verwaltung für die Verbandsversammlung wurden nun „Nägel mit Köpfen“ gemacht, wobei die Verwaltung unterschiedliche Träger für den Ausbau Erneuerbarer Energien für notwendig hält, auch Private.

Bereits im Umweltausschuss hatte unsere Vertreterin Eleonore Lubitz darauf verwiesen, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien auch als soziale Fragestellung betrachtet werden muss. Die Menschen vor Ort gilt es nicht nur bei den Planungen mitzunehmen. Sie sollten auch an der Wertschöpfung bspw. über Genossenschaften beteiligt werden. In der Verbandsversammlung haben wir deutlich gemacht, dass wir dem Ausbau von Windenergie und Photovoltaik durch Gesellschaften des RVR wie die Abfallgesellschaft Ruhr (AGR), die mit dem Thema schon befasst ist, oder eigene Gesellschaften ggfs. gemeinsam mit anderen öffentlichen Trägern den Vorrang geben.

Dass eine Beschleunigung des Ausbaus sein muss, darüber bestand unter den demokratischen Fraktionen Einigkeit, lediglich die AfD hatte Zweifel ... Deutliche Kritik von Wolfgang Freye an dieser Position fand auch bei den anderen Fraktionen Beifall und breite Zustimmung. Klimaneutralität und Klimagerechtigkeit seien heute wichtige soziale Themen, weil es schließlich um die Frage geht, wie wir als Menschheit weiter- bzw. überleben können. Ein „weiter so“ wird auf keinen Fall gehen.

Wolfgang Freye verwies darauf, dass die Klimaziele nicht ohne NRW erreichbar seien, denn ein Drittel der bundesweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen kommt aus NRW und davon ein großer Teil von der Industrie im Ruhrgebiet. Deshalb sei das Ziel so wichtig, zur führenden Region für die Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff zu werden. Der Beschluss der Verbandsversammlung zur Umsetzung von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien sei ein wichtiger Schritt. Ende 2023 soll dann die endgültige Entscheidung über die Umsetzung der Ziele fallen.

---

### **Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen des RVR: GroKo lehnt Grün-Roten-Antrag wider besseren Wissens ab**

---

Insgesamt gibt es im Ruhrgebiet 3.235 landwirtschaftliche Betriebe in Voll- und Nebenerwerb. Zu der von der Verwaltung vorgelegten Neufassung der Leitlinien zur Verpachtung haben die Fraktionen DIE LINKE und Die Grünen eigene Anträge vorgelegt und sich schließlich auf einen gemeinsamen geeinigt. Dadurch sollte die Praxis des RVR, die rund 200 Pachtverträge auf in der Regel einjährige Laufzeiten zu beschränken, geändert werden. In Zukunft sollten drei Jahre als Regel festgeschrieben werden. Außerdem sollten mit der Landwirtschaftskammer Kriterien erarbeitet werden, wie diese Verlängerung unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte erreicht werden kann. Außerdem haben die beiden Fraktionen im Interesse des Schutzes der landwirtschaftlichen Flächen den Aufbau eines Flächenmonitoringsystems beantragt.

Alle drei Forderungen sollten zur Verbesserung der Planungssicherheit für die jeweiligen Pachtnehmenden beitragen. Der RVR hätte einen eigenen, stärkeren Beitrag für die stabile Bewirtschaftung und Entwicklung der Flächen im Interesse der ökologischen Aufwertung, der Stärkung des Ökolandbaus sowie der Erzeugung regionaler Produkte leisten können. Forderungen, die kein Neuland sind, sondern schon mit dem Diskurs zum Regionalplan erhoben wurden und auf die die Landwirtschaftskammer als beratendes Mitglied der Verbandsversammlung seit Jahren hingewiesen hat.

Umso erstaunlicher war es dann von SPD-Seite zu hören, dass man diese Punkte nicht bräuchte, weil sich die Fraktionsvorsitzende Martina Schmück-Glock als Vorsitzende des Umweltausschusses doch selbst stark dafür mache, dass es keine Willkür gebe ... Man bräuchte deshalb keine Kriterien. Ein Monitoringsystem sei nicht notwendig, da die Verpachtung ja immer wieder im Fachausschusses thematisiert werde. Die CDU-Fraktion, die sich im Fachausschuss noch entsetzt über das Festhalten an der alten Praxis äußerte, lehnte ein Flächenmonitoring gleich grundsätzlich als „nicht umsetzbare DIN-Norm“ ab. Die Redebeiträge haben wieder einmal gezeigt, dass SPD und CDU in ihren Positionen weit auseinanderliegen, aber keine Seite bereit ist, sich gegen den Koalitionspartner zu stellen, um sinnvolle Änderungen mitzutragen.

Wolfgang Freye ging bei der Begründung unseres Antrages auch kurz auf den Redebeitrag der AfD ein. Mit ihrer Begründung zur Ablehnung der Vorlage hätten sie deutlich gemacht, dass sie weder über Fachkompetenz verfügen, wenn sie Ausdrücke von Leugnern der Klimaveränderung verwenden und rassistischen Unfug erzählen. Nach 7 Jahren in der Verbandsversammlung hätten sie anscheinend immer noch weder Zuständigkeiten noch handelnde Personen begriffen.

---

### **Kündigung des Vertrages mit der Revierpark Wischlingen GmbH wird aufrechterhalten**

---

Die Verhandlungen mit der Stadt Dortmund zur möglichen Kooperation des Revierparks Wischlingen mit der Freizeitgesellschaft Ruhr haben zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt. Vielmehr steht in Dortmund ein Beschluss des Rates, nach dem der Revierpark nicht „überführt“ werden soll. Deshalb hat die Verbandsversammlung gegen die Bedenken der Grünen-Fraktion die Aufrechterhaltung der Kündigung der Verträge zur Trägerschaft des Revierparks durch den RVR beschlossen. Der Revierpark Wischlingen wird nach wie vor zu je 50 % vom RVR und der Stadt Dortmund getragen.

---

### **Weitere Beschlüsse und Themen der Versammlung**

---

Die Fraktion hat der Fortführung der Bildungsberichterstattung des RVR unter Aufnahme der Punkte außerschulische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung ab 2024 zugestimmt.

Das Ruhrparlament beauftragte die Verwaltung, die gemeinsame Absichtserklärung mit der Stadt Wetter zur Entwicklung des Wasserwerkes Volmarstein zu unterzeichnen. Der Erwerb des Grundstückes wurde mit der vorherigen Vorlage eines Konzeptvorschlages und dessen Finanzierungsmöglichkeiten auf Vorschlag von SPD und CDU gekoppelt.

Der Bau einer Greifvogel- und Eulenauffangstation durch Ruhr Grün wurde auf Grund eines Antrages von SPD und CDU bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplans der eigenbetrieblichen Einrichtung vertagt mit der Erwartung, dass die Verwaltung Förderzugänge zur Unterhaltung der Station in Höhe von 260.000 € erschließt. Da es eine solche Einrichtung im gesamten Ruhrgebiet nicht gibt und wir den Bau für notwendig erachten, hat sich die Fraktion genau wie die Grünen enthalten.

Außerdem hat die Fraktion eine Anfrage zur Umsetzung des Angebotes des Deutschlandtickets in den Beteiligungsgesellschaften des Verbandes eingebracht. Der Verband selbst hat für seine Mitarbeitenden ein ermäßigtes Firmen-Deutschlandticket bereits zum 1.5.2023 umgesetzt.

---

### **Pressemitteilung**

---

#### **„Echter Schuldenschnitt“ sieht anders aus!**

**20.06.2023**

„Verschiebebahnhof“ statt Kommunaler Altschuldenregelung – NRW-Kasse wäre besser

---

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) ist der gestern von der Landesregierung NRW gefeierte Einstieg in eine Altschuldenlösung für die hochverschuldeten Kommunen nicht viel mehr als heiße Luft. Durch die Übernahme von 9,85 Milliarden Euro durch das Land, der Hälfte der Altschulden, ändert sich faktisch nur der Schuldner – aus den Banken wird das Land. Abgetragen werden sollen sie in den nächsten Jahren durch Gelder aus der Gemeindefinanzierung, die den Kommunen dann wiederum fehlen. Das hat mit einem „Schuldenschnitt“ nichts zu tun und ist kaum eine Antwort auf die steigenden Zinslasten, erst recht nicht auf die mangelnde Investitionskraft der Kommunen in NRW in den kommenden Jahren.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Hauptzweck des Vorschlages der Landesregierung ist es offensichtlich, den Druck auf den Bund zu erhöhen, sich an einer Altschuldenlösung für die Kommunen zu beteiligen. Mit nicht ernstzunehmenden Vorschlägen wird NRW hier jedoch nichts erreichen. Insofern geht das Ping-Pong-Spiel zwischen Bund und Land weiter,

während andere Bundesländer wie Hessen, das Saarland oder Rheinland-Pfalz längst akzeptable Lösungen gefunden haben. Hinzu kommt, dass nicht nur das Bundesfinanzministerium erst kürzlich deutlich gemacht hat, dass es keine Möglichkeiten zur Lösung des Problems sieht, sondern auch die süddeutschen Bundesländer eine Bundesinitiative blockieren werden. Insofern muss die Landesregierung endlich ernsthaft eigene Mittel einplanen und nicht weiter versuchen, sich einen ‚schlanken Fuß‘ zu machen, der in jedem Fall zu Lasten der Kommunen geht.“

Konkrete Modelle, wie das Land eine „NRW-Kasse“ einrichten könnte, liegen seit Jahren vor, u.a. im Kommunalfinanzbericht des RVR von Professor Dr. Martin Junkernheinrich. Der RVR drängt seit Jahren auf eine Lösung der Altschuldenfrage, denn die meisten Kommunen mit hohen Altschulden liegen im Verbandsgebiet des RVR. Die Altschulden sind eine Folge des Wegbrechens der industriellen Produktion im Ruhrgebiet. Die Nettoausgaben für soziale Transferleistungen sind auch in 2021 weiter überdurchschnittlich gestiegen, trotz der Entlastung durch den Bund. Im Durchschnitt zu den westdeutschen Flächenländern haben die Ruhrgebietsstädte hierfür 281 Euro je Einwohner mehr ausgeben müssen, was einer Mehrbelastung von 1,43 Mrd. Euro entspricht.

Dazu Wolfgang Freye: „Klar ist aus unserer Sicht aber auch, dass der Bund jenseits der Frage der Altschuldenlösung in der Pflicht steht, die Kommunen stärker finanziell bei der Finanzierung ihrer Pflichtaufgaben zu unterstützen. So muss er endlich die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft beschließen, ebenso der Kosten für Flüchtlinge. Es kann nicht angehen, dass die Kommunen hierbei allein gelassen werden!“

Anträge, Anfragen, Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

---

**DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook: @DieLinke.RVR**

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an [dielinke@rvr.ruhr](mailto:dielinke@rvr.ruhr)*

**Impressum:** DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer  
Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: [dielinke@rvr.ruhr](mailto:dielinke@rvr.ruhr) – Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)